



Wer stoppt die Castorlawine?

Wie die für den Jülicher Atommüll Verantwortlichen ihren Dreck anderen aufs Auge drücken wollen, dafür hochgefährliche Transporte planen – und keiner sie daran hindert

Schwerpunkt Seite 6–11

Illustration: Rest Böning, Holger M. Müller

Verwässert

Die Bergung des Atommülls aus der Asse ist ein Wettlauf gegen Wasser, das sich unbekannte Wege bahnt. Doch sie kommt kaum voran

Seite 12/13

Verschwiegen

Über ihre Zusammenarbeit mit der russischen Atombehörde will die Lingener Atomfabrik nur ungern reden. Ende November aber muss sie

Seite 14/15

Verhindert

Bergbaukonzerne wollten im Südwesten Malis mit giftiger Brühe Uran fördern. Am Radiosender von Nouhoum Keïta scheiterten sie

Seite 18/19

Inhalt

3 Editorial

4 Anti-Atom-Meldungen

6 Auf Teufel komm raus

Einleitung | CDU und Grüne wollen sie angeblich verhindern, dennoch könnte noch dieses Jahr der erste von 152 Castor-transporten per Lkw durch das dicht besiedelte NRW rollen. Die größte Castorlawine aller Zeiten ließe sich leicht stoppen. Doch die Verantwortlichen ducken sich weg

8 „Sicherheitstechnisch der ganz falsche Weg“

Interview | Dipl.-Phys. Oda Becker über den tödlichen Inhalt der Jülich-Castoren, unmöglich rechtzeitige Evakuierungen nach einem Unfall oder Anschlag und Gefahren durch Drohnenangriffe

10 Bloß weg damit

Hintergrund | Ein neues Zwischenlager in Jülich könnte längst stehen, wenn Politik und Eigentümer des Atommülls Verantwortung übernehmen würden. Eine Chronik

12 Der Deal mit Rosatom

Hintergrund | Die Atomfabrik Lingen will mit der staatlichen russischen Atombehörde gemeinsame Sache machen. Bald wird das Vorhaben öffentlich erörtert. Was dahinter steht und warum es viele empört

14 Herbstliche Putin-Festspiele

Hintergrund | Rechtsanwältin Michèle John über die Gefahr von Spionage und Sabotage durch Rosatom und den Versuch von Framatome, Sicherheitsvorschriften durch Ausweichen auf ein benachbartes Grundstück zu umgehen

16 Holt den Müll raus!

Hintergrund | Das Wasser in der Asse macht erneut deutlich, dass die Zeit für die Bergung des dort abgekippten Atommülls drängt. Diese muss höchste Priorität haben. Der Streit um das nötige Zwischenlager sollte davon nicht ablenken

18 „Es ist unverantwortlich, hier Uranbergbau zu betreiben“

Porträt | Nouhoum Keïta ist Journalist und Radiomacher sowie Mitbegründer der NGO Action Solidarité pour les 21 villages de la commune Faléa, die den Bau einer Uranmine in Faléa verhindern konnte

20 .ausgestrahlt-Shop

21 Es ist noch nicht vorbei

Aufruf | Atomgefahr aus der Schweiz stoppen. Jetzt .ausgestrahlt fördern!

22 Rückblick

24 Schrottreaktor Flamanville-3

Infografik | EDF feiert nach 17 Jahren Bauzeit die „Inbetriebnahme“ des Neubau-Reaktors EPR in Flamanville. Doch das AKW ist schon kaputt, bevor es den ersten Strom produziert, der Reparaturbedarf immens

Über .ausgestrahlt

.ausgestrahlt ist eine bundesweite Anti-Atom-Organisation. Wir streiten dafür, die AKW in ganz Europa abzuschalten, die Energiewende zum Erfolg zu führen und für einen möglichst sicheren Umgang mit dem Atommüll.

Rund 3.700 Förder*innen legen mit ihrer regelmäßigen Spende die Basis für die kontinuierliche Anti-Atom-Arbeit von .ausgestrahlt – vielen Dank! ausgestrahlt.de/foerdern

Viele nutzen die Angebote von .ausgestrahlt für ihr Anti-Atom-Engagement. Hinter .ausgestrahlt steckt ein Team von derzeit 14 Angestellten und Ehrenamtlichen. ausgestrahlt.de/ueber-uns

Kommen und Gehen

Christin Thielen arbeitet seit September nicht mehr bei .ausgestrahlt.

.ausgestrahlt folgen

.ausgestrahlt-Kanäle gibt's auf



Der .ausgestrahlt-Newsletter informiert Dich alle zwei bis drei Wochen kostenlos per E-Mail über aktuelle Entwicklungen und Aktionen. ausgestrahlt.de/newsletter

Der .ausgestrahlt-Podcast bringt aktuelle Anti-Atom-Themen auf die Ohren. ausgestrahlt.de/podcast

Dieses .ausgestrahlt-Magazin erscheint drei Mal im Jahr. Allen Interessierten schicken wir es gerne kostenlos zu. Möchtest Du es nicht mehr beziehen, freuen wir uns über einen Hinweis. ausgestrahlt.de/magazin

PDF dieses Magazins mit verlinkten Quellen: ausgestrahlt.de/mag62



Impressum

.ausgestrahlt
Große Bergstraße 189, 22767 Hamburg
info@ausgestrahlt.de
ausgestrahlt.de

Redaktion: Anna Stender, Armin Simon
Mitarbeit: Bettina Ackermann, Carolin Franta, Helge Bauer, Julian Bothe, Jürgen Rieger, Michael Spohn, Miriam Tornieporth, Sarah Lahl, Sophia Hansen
Gestaltung: Holger M. Müller (holgermmueller.de); Entwurf: Marika Hausteine, Markus von Fehrn-Stender
Druck: Vettters, Radeburg, auf Recyclingpapier
Auflage: 20.300
V.i.S.d.P.: Armin Simon

Spendenkonto

.ausgestrahlt e.V.
IBAN: DE51 4306 0967 2009 3064 00
BIC: GENODEM1GLS GLS Bank
Spenden sind steuerlich absetzbar.



Foto: Heide Bauer

Rote Karte für den Castor: Demonstration in Ahaus am 15. September

Bitte nicht fragen

Liebe Leser*in,

der Umgang mit den hochradioaktiven Hinterlassenschaften des fehlgeschlagenen Kugelhaufenreaktor-Experiments in Jülich grenzt an organisierte Verantwortungslosigkeit. Seit fast 20 Jahren sind die für den Atommüll dort Verantwortlichen in der Pflicht, dessen möglichst sichere Lagerung für die nächsten Jahrzehnte zu organisieren. Weil sie partout nicht zurande kommen, legt ihnen die NRW-Atomaufsicht 2014 die Daumenschrauben an: Seither müssen sie monatlich Rapport über ihre Bemühungen erstatten.

Die fortan bestens informierten Behörden aber sehen der staatlichen Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN) dann ein weiteres Jahrzehnt lang dabei zu, wie sie das Problem verschleppt. Lassen ihr durchgehen, dass sie offensichtlich wenig dafür tut, den Müll verantwortlich und möglichst sicher zu lagern, sondern fast ausschließlich daran arbeitet, ihn möglichst schnell anderen aufs Auge zu drücken. Bis sie, das ist der aktuelle Stand, kurz davor steht, eine gigantischen Lawine von 152 gefährlichen Castortransporten quer durchs dicht besiedelte NRW nach Ahaus loszutreten. Das Zwischenlager dort ist, zusammen mit dem in Gorleben, das unsicherste Deutschlands.

.ausgestrahlt hat Einsicht in besagte Monatsberichte verlangt, um dieses Behördenversagen aufzuklären. In den vom Wirtschaftsministerium in NRW übersandten Fragmenten aber sind alle Informationen über die angeblich seit zehn Jahren verfolgte Option „Neubau eines Zwischenlagers in Jülich“ geschwärzt oder ausgespart, ebenso die zu den geplanten Transporten nach Ahaus. Die Behörden, so das Ministerium, müssten „störungsfrei (...) ihre Entscheidungen vorbereiten (...) und ohne äußeren Rechtfertigungsdruck treffen und ändern“ können. Würde der Umgang mit dem Jülicher Atommüll öffentlich diskutiert, bevor die Entscheidung getroffen sei, bestünde „die Gefahr“, dass dies „eine sachliche (...) Entscheidungsfindung überlagern könnte“. Anders ausgedrückt: Diskutiert werden soll erst, wenn es nichts mehr zu entscheiden gibt. Das kann nicht sein! (Schwerpunkt Seite 6–11)

Auch Framatome, Betreiber der Atomfabrik in Lingen, würde öffentliche Debatten gerne vermeiden. Der Konzern plant eine Kooperation mit der russischen Atombehörde Rosatom, die direkt dem Kreml unterstellt ist. Zu den Gefahren aber schweigt er. Im Genehmigungsantrag kommt das Wort „Rosatom“ nicht einmal vor. Auch dass Angestellte des Kreml-Konzerns schon vor Genehmigung des Projekts nach Lingen

reisen, wochenlang dort tätig sind, von Rosatom gelieferte Maschinen aufbauen, testen und konfigurieren und sogar Schulungen für Mitarbeitende der Atomfabrik durchführen, soll die Öffentlichkeit nicht erfahren. Denn es könnte Fragen aufwerfen, nach der Gefahr von Spionage, nach Gelegenheiten zur Kontaktabahnung, nach möglichen Vorbereitungen von Sabotage und nach der engen Zusammenarbeit mit dem Kreml. Ende November aber muss Framatome dazu Rede und Antwort stehen, denn dann werden die mehr als 11.000 Einwendungen gegen den beantragten Ausbau der Atomfabrik in Lingen erörtert (Seite 12–15). Es ist eine gute Gelegenheit, dem Protest gegen das Vorhaben nochmal Gesicht zu verleihen – mehr dazu auf Seite 13. Mach mit!

Armin Simon
und das ganze .ausgestrahlt-Team

PS: Ein Unfall in einem der vier Reaktoren in der Schweiz hätte verheerende Auswirkungen auch in Deutschland. Bitte hilf mit einer einmaligen oder regelmäßigen Spende, diese Gefahren in den Blick zu rücken und Druck zu machen gegen Laufzeitverlängerungen und Neubau-Pläne. Als Dankeschön gibt's ein Geschenk und eine Verlosung: Seite 21.



Foto: Jan Hazevoet / Flickr

Atomkraft? Kommt nicht in den Beutel!

Fondsmanager: „Atomkraft? Nein danke!“

Die Investmentchefs der größten Pensionsfonds Australiens erteilen den Atomkraft-Plänen des Oppositionsführers im australischen Parlament, Peter Dutton, eine klare Abfuhr. Der Bau von Atomkraftwerken dauere zu lang, um die Netto-Null-Ziele des Fonds zu erreichen, sagt der Investmentvorstand von Aware Super. Sein Amtskollege bei UniSuper argumentiert, dass Investitionen in Atomkraft nicht schnell genug Geld einbringen würden. Der Pensionsfonds Cbus schließt sie völlig aus. Investments in erneuerbare Energien und andere Energiewendetechniken sind dagegen auch in Australien sehr gefragt.

Q: Australian Financial Review 07.07.2024



Skizze: Technicatome

Mehr als 50 Jahre französische Erfahrung im Reaktorbau seien in das Projekt eingeflossen, lobte Nuward, als es 2019 seinen SMR präsentierte. War aber doch für die Katz

EDF stoppt SMR-Projekt

Der staatliche französische Atomkonzern EDF hat nach vier Jahren Entwicklungsarbeit sein Projekt eines „small modular reactors“ (SMR) wegen technischer Schwierigkeiten und ausufernder Kosten gestoppt. An dem Vorhaben der EDF-Tochter Nuward waren auch die Schiffsreaktorbauer und Rüstungskonzerne Naval Group und Technicatome, das französische Atomenergiekommissariat CEA, Framatome and Tractebel beteiligt. Die Regierung hatte einen „Innovationszuschuss“ von 500 Millionen Euro bewilligt, der Bau des Reaktors hätte 2030 starten sollen.

EDF kündigte an, beim nächsten Versuch nur noch auf bereits verfügbare Reaktortechnik und -komponenten setzen zu wollen. Das Genehmigungsverfahren für das Reaktordesign muss neu aufgelegt werden. Vergangenes Jahr hat bereits das US-Startup Nuscale sein SMR-Projekt beerdigt: Auch dieses erwies sich als zu teuer. Q: Montelnews, 03.07.2024; IWR 04.07.2024, Reuters 01.07.2024, Euractiv 29.04.2024

Protest gegen Atomendlager-Pläne in Tschechien

Mehr als 200 Atomkraftgegner*innen, darunter auch zwei Dutzend aus Österreich, protestieren am 20. Juli im Pačejov südlich von Pilsen gegen Pläne zum Bau eines „Endlagers“ für hochradioaktiven Müll. Der mögliche Standort ist nur 35 Kilometer von der bayerischen und 70 Kilometer von der österreichischen Grenze entfernt. Neben Pačejov hat die tschechische Regierung drei weitere Orte in die engere Auswahl als mögliche Atommülldeponie genommen. Bis 2030 will sie einen der vier im Alleingang auswählen, das Parlament hat keine Mitsprache mehr.

Q: dpa 14.03.2024; atomstopp_atomkraftfrei leben! 11.07.2024



Foto: atomstopp_atomkraftfrei leben!



Foto: manovicepacejova.cz

Erneuerbare knacken EU-weit 50-Prozent-Marke

Die Hälfte des in der EU verbrauchten Stroms stammte im ersten Halbjahr 2024 aus erneuerbaren Energien. Das geht aus Zahlen des Thinktanks Ember hervor. Wind und Sonne allein lieferten 30 Prozent des Stroms und damit erstmals mehr als Kohle, Gas und Öl zusammen, deren Anteil auf nur noch 27 Prozent fiel. Wasserkraft, Biomasse und Geothermie steuerten weitere 20 Prozent erneuerbaren Strom bei. Der Atomkraft-Anteil des EU-Stroms lag bei unter einem Viertel, deutlich niedriger als noch vor einigen Jahren.

Weltweit erzeugten allein die Windkraftanlagen im ersten Halbjahr schon nahezu so viel Strom wie alle rund 400 Atomkraftwerke zusammen. Die Stromproduktion aus Fotovoltaik lag noch etwas niedriger, aber mit stark steigender Tendenz: Von 2022 auf 2023, binnen eines einzigen Jahres, nahm die weltweit installierte PV-Leistung um 73 Prozent zu. *Q: Ember Monthly Data, 17.09.2024; WNISR 2024*

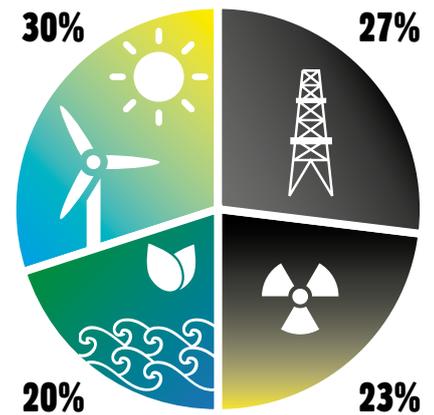


Foto: impulsive Photography / Flickr

Badestrand beim AKW Maanshan: Bald wieder ohne radioaktive Abwässer

Taiwan schaltet vorletztes AKW ab

Mit dem AKW Maanshan-1 wird am 27. Juli der vorletzte von sechs Reaktoren in Taiwan planmäßig abgeschaltet. In dem Inselstaat, der eine Energiewendepolitik verfolgt, sind die Betriebsgenehmigungen von Reaktoren auf 40 Jahre befristet. Der letzte Reaktor, Maanshan-2, muss demnach im Mai 2025 seinen Betrieb einstellen. Taiwan ist dann atomkraftfrei. Bestrebungen der Opposition, kurzfristig noch Laufzeitverlängerungen zu ermöglichen, erteilt die Regierung eine Absage, auch unter Verweis auf zuvor nötige umfangreiche Sicherheitsprüfungen und das weiterhin ungelöste Atomüllproblem. *Q: Radio Taiwan International 10.07.2024 und 12.07.2024; WNISR 2024*

THTR wälzt Abrisskosten auf die Allgemeinheit ab

Für die auf mehr als eine Milliarde Euro geschätzten Abrisskosten des Hochtemperaturreaktors THTR Hamm-Uentrop müssen zum großen Teil voraussichtlich die Steuerzahler*innen aufkommen. Zwar wies das Landgericht Düsseldorf eine Klage der Betreibergesellschaft des Reaktors ab, die den Bund und das Land NRW zur Übernahme der Kosten verpflichten wollte. Allerdings teilte diese nach dem Urteil postwendend mit, sie stehe nun „vor der Situation einer ungeklärten Finanzierung“ und kündigte an, noch dieses Jahr Insolvenz anzumelden. Einspringen für Erhaltungsbetrieb und Rückbau des Reaktors müsste dann die Atomaufsicht in NRW. Wirtschaftsministerin Mona Neubaur (Grüne) kündigte an, die Rechnungen dafür an den Bund weiterzuleiten. Der nach einem Störfall und diversen Pannen 1989 stillgelegte Reaktor befindet sich seit 1997 im sogenannten „sicheren Einschluss“.

Q: Handelsblatt 05.09.2024; Landgericht Düsseldorf 30.08.2024; Spiegel 08.06.1986; Wikipedia

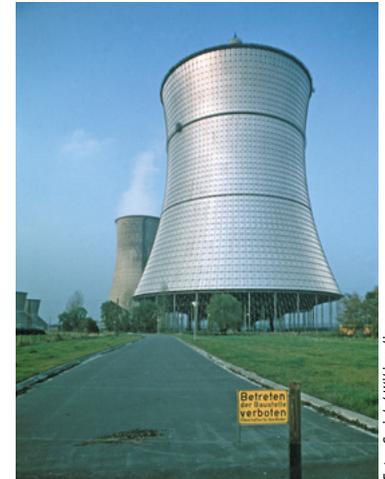


Foto: Smial / Wikimedia

Nur der Kühlturm ist bereits abgerissen, der THTR selbst noch nicht

Auch Schlangenroboter scheitert in Fukushima

Der Versuch des japanischen AKW-Konzerns TEPCO, einen Roboter ins Innere des AKW Fukushima-Daiichi zu schicken, um erstmals Brennstoff von dort zu bergen, ist im September abermals gescheitert. Ein mit Lampe, Kamera und Greifer ausgestatteter schlangenähnlicher Roboterarm sollte im Sicherheitsbehälter von Block 2 ferngesteuert Bilder machen und ein bis zu drei Gramm schweres Körnchen der Brennstoffschmelze bergen. Die zweiwöchige Mission scheiterte, weil die Kamera versagte, mutmaßlich wegen der hohen Strahlung. Die drei Katastrophenreaktoren, in denen es im März 2011 zur Kernschmelze kam, enthalten rund 1.000 Tonnen hochradioaktive Schmelze.

Q: AP 15.09.2024; Sumikai 18.09.2024; Tepco 26.09.2024



Skizze: Tepco



Foto: Helge Bauer

Ahaus, 15. September

Auf Teufel komm raus

Einleitung | CDU und Grüne wollen sie angeblich verhindern, dennoch könnte noch dieses Jahr der erste von 152 Castortransporten per Lkw durch das dicht besiedelte NRW rollen. Die größte Castorlawine aller Zeiten ließe sich leicht stoppen. Doch die Verantwortlichen ducken sich weg

Jülich, 2014: Die nordrhein-westfälische Atomaufsicht ordnet die unverzügliche Räumung des Jülicher Atommüll-Lagers an, weil der Nachweis der Erdbebensicherheit fehlt. Der Betreiber des Lagers, das Forschungszentrum Jülich (FZJ), spielt seit Jahren auf Zeit (siehe Seite 10/11). Die Anordnung soll Druck machen, damit es endlich vorangeht.

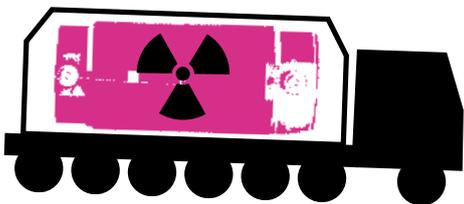
Das FZJ bzw. die Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN), die seit ihrer Gründung 2015 Betreiber ist, haben jedoch kein Interesse, den Müll möglichst sicher vor Ort zu lagern. Sie wollen die Hinterlassenschaften des unruhlichen Pannereaktors AVR Jülich, den das FZJ jahrzehntelang förderte, mit Brennstoff versorgte und weltweit als Modell propagierte, stattdessen anderen aufs Auge drücken.

Zwar ist der Erdbebensicherheitsnachweis für die Halle inzwischen erbracht, eine Verflüssigung des Bodens unter dem Atommüll-Lager demnach nicht zu befürchten. Die JEN aber hält

an ihren Plänen fest, die 152 Castorbehälter aus Jülich per LKW ins Zwischenlager Ahaus zu transportieren. Es wäre die größte Castorlawine aller Zeiten.

In diesem Atommüll-Poker spielt die Räumungsanordnung von 2014 eine entscheidende Rolle. Sie suggeriert, dass es dringend notwendig sei, den Strahlenmüll aus Jülich wegzubringen – und liefert so einen Vorwand für die geplanten Transporte. Tatsächlich ist mit dem Nachweis der Erdbebensicherheit das entscheidende Hindernis für eine (Wieder-)Genehmigung des Lagers in Jülich ausgeräumt. Der einzig noch ausstehende Nachweis der IT-Sicherheit dürfte eine vergleichsweise einfache Aufgabe sein. (Dass dieser Punkt auch 17 Jahre nach dem ersten Antrag auf Neugenehmigung des Lagers noch immer nicht geklärt ist, zeigt bloß, wie nachrangig FZJ und JEN dies von Anfang an behandelt haben; siehe Seite 10/11.) Eine neue Genehmigung könnte innerhalb eines überschaubaren Zeitraums vorliegen.

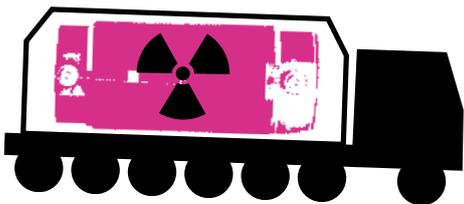
Die NRW-Atomaufsicht wiederum, angesiedelt im grün geführten Wirtschaftsministerium unter Mona Neubaur, wiederholt gebetsmühlenartig die Auffassung, sie sei wegen der noch immer fehlenden Genehmigung gezwungen, die Räumungsanordnung aufrechtzuerhalten. Doch



ist es wirklich notwendig, das Genehmigungsverfahren vollständig abzuschließen, um die Räumung des Jülicher Lagers abzublasen? Um diese Frage zu klären, hat .ausgestrahlt den Hamburger Atomrechtsexperten Dr. Ulrich Wollenteit mit einem Rechtsgutachten beauftragt.

Räumungsverfügung obsolet

Das Gutachten bestätigt, dass aufgrund der nachgewiesenen Erdbebensicherheit davon auszugehen ist, dass das Neugenehmigungsverfahren für das bestehende Jülicher Zwischenlager erfolgreich abgeschlossen werden kann. Damit könne ein rechtmäßiger Zustand hergestellt werden, ohne das Lager räumen zu müssen. Wollenteit argumentiert, dass die Räumung nicht mehr zwingend notwendig sei und daher

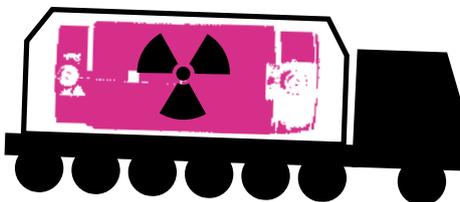


neu entschieden werden könne. Dafür, die Entscheidung zu revidieren, spreche, dass dadurch die risikoreichen Transporte vermieden werden könnten. Der Verbleib der Castorbehälter im Zwischenlager Jülich und der Verzicht auf 152 riskante Transporte stelle sich „als das mildere Mittel für die Allgemeinheit“ dar, schreibt der Gutachter. Die Atomaufsicht, resümiert Wollenteit, könne die Räumungsanordnung widerrufen und gleichzeitig eine befristete Duldung aussprechen, damit das Genehmigungsverfahren zu Ende geführt werden könne.

Neubaur aber stellt sich stur. In einer schriftlichen Reaktion auf das Gutachten wiederholt sie das altbekannte Skript ihres Atomreferats: Die Sachlage habe sich seit 2014 „nicht signifikant geändert“, ein Widerruf der

Räumungsanordnung sei „nicht angezeigt“, eine neue Genehmigung für das bestehende Lager „nicht hinreichend konkret zu erwarten“.

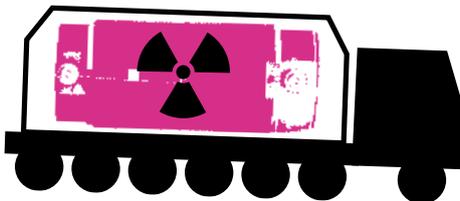
Das ist offenkundig falsch. Denn die JEN selbst hat noch Mitte August verlauten lassen, sie gehe davon aus, alle Aufgaben der Genehmigungsbehörde noch in diesem Jahr erfüllen zu können. Bei einer offiziellen Informationsveranstaltung in Jülich zwei Wochen später, nach Veröffentlichung des Rechtsgutachtens durch .ausgestrahlt, rudert sie plötzlich zurück. Es klingt, als habe jemand hinter den Kulissen den Text geändert: Es gebe Probleme, eine neue Genehmigung für das Bestandslager zu bekommen; die IT-Sicherheit könne nicht



vor 2025/2026 nachgewiesen werden. Deshalb wolle man so schnell wie möglich die Transporte durchführen. Im Übrigen, setzt die JEN dann wie zur Sicherheit noch hinzu, werde man an diesen Plänen auch dann festhalten, wenn das Ministerium die Räumungsanordnung aussetzen sollte.

Rechtlich fragwürdig

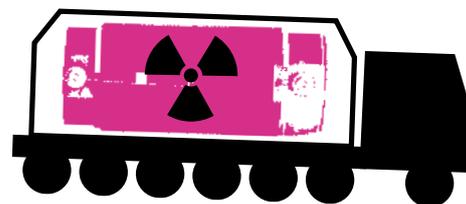
Juristisch begibt sich die JEN mit diesen Ankündigungen gleich in zweifacher Hinsicht auf dünnes Eis. Zum einen ist unklar, ob ein Abtransport der Brennelementkugeln ohne die Räumungsverfügung überhaupt zulässig ist. Schließlich hat der Bundestag im Jahr 2002 beschlossen, dass hochradioaktive Abfälle aus Leistungsreaktoren am jeweiligen Standort zwischengelagert werden sollen. So steht es



im Atomgesetz. Und der AVR wurde, wie auch das Rechtsgutachten festhält, in kommerzieller Absicht als Versuchsreaktor gebaut und lieferte 1,6 Millionen Kilowattstunden Strom ins Netz. Auch das BASE führt ihn in der Liste der kerntechnischen Anlagen als „Kernkraftwerk“ – und nicht als „Forschungsreaktor“. Zum anderen klagten die Stadt Ahaus und ein Bürger seit

2017 gegen die Genehmigung, die Jülicher Castoren im Zwischenlager Ahaus lagern zu dürfen. Diese Klage hat aufschiebende Wirkung, die Hauptverhandlung steht noch aus. Ob und wann die Jülicher Castoren überhaupt in Ahaus abgestellt werden dürfen, ist also noch offen. Will sich die JEN darüber hinwegsetzen?

Mit den geplanten Transporten erhöht die JEN das Atom-Risiko – zulasten der Bevölkerung und vor allem zulasten der Menschen, die entlang der Transportstrecke wohnen. Dass Unfälle oder Angriffe auf die Atommüll-Fuhren katastrophale Auswirkungen haben können, zeigt die Diplom-Physikerin Oda Becker in einem weiteren Gutachten (siehe Seite 8/9). Die NRW-Landesregierung ist 2022 angetreten mit dem Versprechen, Atomtransporte zu minimieren und sich für einen Neubau eines Zwischenlagers in Jülich einsetzen zu wollen, das Maßstäbe in puncto Sicherheit setzt. Bisher ist davon nichts zu erkennen. Alle ducken sich weg und lassen der JEN freie Hand – zum Schaden der Allgemeinheit. Nicht nur wegen des unnötigen Transportrisikos.



Sondern auch, weil die geplante Castorlawine zum Türöffner für weitere Atommüll-Verschiebereien werden könnte. .ausgestrahlt fordert von der schwarz-grünen Regierungskoalition in NRW, das in ihrem Koalitionsvertrag gegebene Versprechen umzusetzen und die geplanten Castortransporte zu unterbinden. Sie muss zudem dafür sorgen, dass die JEN endlich Verantwortung für ihren Atommüll übernimmt und sich aktiv für dessen möglichst sichere Lagerung in Jülich einsetzt. Bisher sieht es nicht danach aus, dass die Politik in Düsseldorf oder Berlin die drohenden Castortransporte ernsthaft verhindern oder dafür gar einen Koalitionskrach riskieren will. Der öffentliche Druck, die riskante Castorlawine durch NRW zu stoppen, ist offensichtlich noch nicht groß genug.

Armin Simon

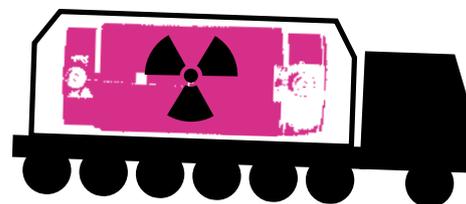




Foto: Lars Hoff

„Sicherheitstechnisch der ganz falsche Weg“



Foto: privat

Oda Becker

Dipl.-Phys. Oda Becker arbeitet seit rund 25 Jahren als unabhängige Wissenschaftlerin im Bereich Sicherheit und Risiken von Atomanlagen.

Das Gutachten

Die Studie „Mögliche Auswirkungen von Unfällen oder Angriffen auf Castor-Transporte von Jülich nach Ahaus“ kannst Du hier herunterladen: ausgestrahlt.de/gutachten-transporte

Interview | Dipl.-Phys. Oda Becker über den tödlichen Inhalt der Jülich-Castoren, unmöglich rechtzeitige Evakuierungen nach einem Unfall oder Anschlag und Gefahren durch Drohnenangriffe

Bundes- und NRW-Landesregierung wollen 152 Castorbehälter aus Jülich nach Ahaus transportieren – die größte Castorlawine aller Zeiten. Wie gefährlich ist dieser Müll?

Oda Becker: Sehr. Die rund 300.000 tennishandballgroßen Brennelemente aus dem AVR in Jülich, die in den Castoren lagern, enthalten noch immer jede Menge hochradioaktive Spaltprodukte, darunter äußerst langlebige Nuklide, also immer noch sehr viel Radioaktivität. Zudem enthalten sie große Mengen an brennbarem Grafit.

Die Behälter müssen unter anderem einem 30-minütigen und 800 Grad heißen Feuer oder einem Sturz aus neun Metern Höhe auf harten Untergrund standhalten.

Richtig. Die Jülich-Castoren wurden allerdings nicht real getestet. Es wurden nur die Ergebnisse von Tests anderer Behältertypen rechnerisch auf sie übertragen.

Die Transporte sollen über Brücken und durch Tunnel rollen und Landstraßen und Autobahnen nutzen, die zum Teil mitten durch große Städte wie Düsseldorf und Duisburg führen. Decken die Sicherheitsnachweise die dabei möglichen Unfälle ab?

Nein. Es sind Szenarien vorstellbar, in denen ein Brand länger als 30 Minuten dauert und auch höhere Temperaturen erreicht als 800 Grad, etwa ein Tunnelbrand oder ein Brand mit Kerosin, der schwer zu löschen ist. Auch ein Sturz aus größerer Höhe ist möglich oder ein anderer Unfall mit mehr als 50 Stundenkilometern Aufprallgeschwindigkeit. Es ist zudem nie ganz auszuschließen, dass ein Behälter wegen Alterung oder Qualitätsmängeln, also wegen eines existierenden, aber vorher nicht bekannten Problems, auch schon bei geringeren Belastungen undicht wird und Radioaktivität austritt. Es ist fahrlässig, mit diesen Transporten durch Wohngebiete zu fahren.

In Dresden ist kürzlich eine Brücke eingestürzt, auch in Nordrhein-Westfalen sind viele Brücken sanierungsbedürftig. Was bedeutet das für die Castortransporte?

Es sind 152 Straßentransporte geplant, und die Fahrzeuge, die zum Einsatz kommen sollen, sind sehr schwer. Die Anzahl der Transporte in Kombination mit dem Gewicht des Spezialsattelschleppers erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass es zu unvorhergesehenen Unfällen kommt. Ich will da keine unnötige Angst schüren, aber ein Unfall, bei dem auch Radioaktivität frei wird, kann nicht vollständig ausgeschlossen werden.

Was ist mit möglichen Angriffen auf die Atommülltransporte?

Der Beschuss eines Behälters mit einer panzerbrechenden Waffe gilt seit Jahrzehnten als zu berücksichtigendes Szenario. Es ist bekannt, dass Terrorist*innen solche Waffen haben, weil sie leicht zu transportieren und leicht zu bedienen sind. Viele Soldat*innen kennen sie aus kriegerischen Auseinandersetzungen und können sie bedienen. Deswegen haben sich die Sicherheitsbehörden darauf geeinigt, dass ein Castorbehälter dem Beschuss mit einer panzerbrechenden Waffe eigentlich standhalten muss. Trotzdem ist eine Freisetzung von Radioaktivität nach einem Beschuss nicht auszuschließen.

Was könnten die Konsequenzen sein?

Laut meinen Berechnungen müsste die Bevölkerung bis in 160 Meter Entfernung in Windrichtung eigentlich sofort evakuiert werden. Das ist aber gar nicht möglich, weil die Freisetzung sofort geschieht. Wer sich da aufhält, kriegt unweigerlich eine gesundheitsschädliche Strahlenbelastung ab. In der direkten Umgebung des Behälters könnte diese sogar zum Tod führen.

Im Krieg Russlands gegen die Ukraine kommen inzwischen sehr häufig Drohnen zum Einsatz.

Kamikaze-Drohnen oder „rumlungernde Drohnen“ werden dort als Gamechanger bezeichnet. Es hat sich herausgestellt, dass Panzer mit diesen bewaffneten, ferngesteuerten Drohnen, die inzwischen in großer Stückzahl gefertigt werden, besser aufgehalten werden können als mit panzerbrechenden Waffen. Für die Castortransporte bedeutet das: Nicht mehr der Beschuss eines Behälters mit einer panzerbrechenden Waffe müsste als schlimmstes

Szenario betrachtet werden, sondern der Beschuss mit einer oder mehreren Drohnen.

Was wären die Auswirkungen eines Angriffs mit solchen Drohnen?

Ich habe plausibel angenommen, dass dabei ein Fünftel des Materials aus dem Castorbehälter freigesetzt wird. Menschen, die sich in Windrichtung im Freien aufhalten, würden dann bis in 120 Meter Entfernung eine tödliche Dosis erhalten. Bis in etwa 50 Meter Entfernung wäre diese selbst bei einem Aufenthalt im Haus noch lebensbedrohlich beziehungsweise tödlich, weil die feinen radioaktiven Partikel auch geschlossene Fenster durchdringen. Die Bevölkerung müsste bis in vier Kilometer Entfernung evakuiert werden – dass das so schnell nicht möglich ist, hatte ich ja bereits erwähnt. Bis in 600 Meter Entfernung wäre das Gebiet langfristig nicht bewohnbar. Und bis mindestens in 20 Kilometer und wahrscheinlich weit darüber hinaus könnte die Ernte nicht verwendet werden. Wie weit genau, lässt sich mit dem Programm, das ich verwendet habe, nicht sagen. Insgesamt wären die Auswirkungen eines solchen Angriffs aber katastrophal.

Mal abgesehen von dem Unfall- und Angriffsrisiko: Wie sinnvoll ist es überhaupt, den Atommüll aus Jülich nach Ahaus zu verfrachten und dort abzustellen?

Sicherheitstechnisch halte ich das für den ganz falschen Weg. Das Zwischenlager in Ahaus, wo die radioaktiven Abfälle landen sollen, ist neben dem in Gorleben das am schlechtesten geschützte Zwischenlager in Deutschland. Die Genehmigung für das Zwischenlager in Ahaus endet zudem 2036, das ist absehbar. Noch mehr Castoren dorthin zu bringen, ist deshalb sehr, sehr kurzsichtig.

Was wäre die Alternative?

Ein neues, wesentlich besser geschütztes Zwischenlager am Standort Jülich. Das hätte längst errichtet werden können. Das Zwischenlager, das gerade in Lubmin gebaut wird, hat 1,80 Meter dicke Wände und nicht nur 50 Zentimeter dicke Wänden und 20 Zentimeter dicke Decken wie das Zwischenlager in Ahaus. Aus sicherheitstechnischer Sicht muss schnellstens an der Neubauoption in Jülich weitergearbeitet werden. Es macht wenig Sinn, die Bevölkerung den Gefahren von 152 Transporten auszusetzen.

Interview: Anna Stender

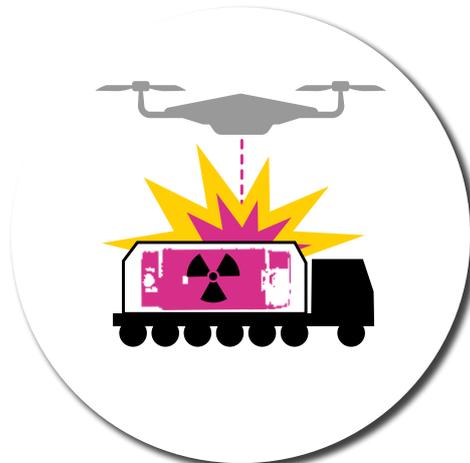




Foto: Hubert Perschke

Protest in Jülich am 15. Oktober 2023 gegen die geplanten Castor-Transporte nach Ahaus

Bloß weg damit

Hintergrund | Ein neues Zwischenlager in Jülich könnte längst stehen, wenn Politik und Eigentümer des Atommülls Verantwortung übernehmen würden. Eine Chronik

In einer Halle auf dem Gelände des Forschungszentrums Jülich (FZJ), einst ein Hotspot der Atomforschung in Deutschland, stehen seit den 1990er Jahren 152 Castoren mit abgebrannten Brennelementen des havarierten Hochtemperatur- und Kugelhaufenreaktors AVR Jülich. Die Genehmigung des AVR-Behälterlagers ist bis Mitte 2013 befristet. Sechs Jahre vor Ablauf muss das FZJ nachweisen, wo der Atommüll anschließend bleiben soll. Da ein „Endlager“ Mitte der Nullerjahre nicht in Sicht ist, beantragt das FZJ 2007 eine Verlängerung der Genehmigung des Behälterlagers – wie es 2009 präzisiert, soll diese für nur drei Jahre gelten. Gleichzeitig prüft es von Anfang an die Möglichkeit, die Castorbehälter ins Zwischenlager Ahaus zu transportieren.

Insbesondere der für die Verlängerung geforderte Nachweis der Erdbebensicherheit – nach aktuellem Stand von Wissenschaft und Technik – erweist sich allerdings als sehr aufwendig. Das FZJ stellt die Arbeiten ein und legt 2010 das Genehmigungsverfahren auf Eis. Stattdessen will es die 152 Castoren nun offenbar noch vor Ablauf der alten Genehmigung ins Zwischenlager Ahaus transportieren.

Wunsch und Wirklichkeit

Auch dafür jedoch sind selbstverständlich Sicherheitsnachweise und Genehmigungen nötig. Als sich abzeichnet, dass das FZJ auch die Einhaltung neuer Sicherheitsregeln in Ahaus nicht rechtzeitig nachweisen kann, schwenkt es 2012 abermals um: Nun will es parallel auch das Verfahren für die Genehmigungsverlängerung des

1 Bundesrechnungshof, Stilllegung und Rückbau kerntechnischer Versuchsanlagen, Räumung des AVR-Behälterlagers in Jülich, 2022, S. 15.

2 Bundesrechnungshof 2022, S. 31.

3 Bundesministerium der Finanzen, Bundeshaushaltsplan 2024, Einzelplan 30 Bundesministerium für Bildung und Forschung, 2024, S. 104.

Lagers in Jülich wieder aufnehmen. Außerdem soll erstmals ein Konzept für einen Neubau vor Ort entwickelt werden, der den Müll so lange aufnehmen könnte, bis ein „Endlager“ zur Verfügung steht.

Kurz darauf bringt das FZJ eine weitere Option ins Spiel: Den Export des hochradioaktiven Atommülls in die USA, zum Atomwaffenkomplex Savannah River Site. Eine dort noch zu entwickelnde Anlage könne das Uran und Plutonium vom Grafit der Brennelemente dann abtrennen und „wiederaufarbeiten“ – ein gefährliches und äußerst umweltschädliches Vorhaben. Auch hier jedoch gibt es rechtliche Hürden. Denn das Atomgesetz untersagt seit 2005 Transporte abgebrannter Brennelemente aus AKW zu Wiederaufarbeitungsanlagen. Und der AVR war ein von Energieversorgungsunternehmen durchaus auch in kommerzieller Absicht gebauter Versuchsreaktor, der Strom ins Netz gespeist hat. Trotz alledem erscheint dem FZJ der Atommüll-Export über den Atlantik offenbar so attraktiv, dass es das Verfahren für einen Transport nach Ahaus auf Eis legt und sich ganz auf die USA-Idee konzentriert. Um den Müll exportieren zu können, will das FZJ den AVR kurzerhand zum „Forschungsreaktor“ umdeklariieren – doch dabei ziehen nicht alle mit. Auch in den USA sorgen die Pläne aus Jülich für Protest.

Drei Optionen und keine Entscheidung

Als im Sommer 2013 die Genehmigung des AVR-Behälterlagers ausläuft, ist die Erdbebensicherheit noch immer ungeklärt und für den Atommüll keine schnelle Lösung in Sicht. Die NRW-Atomaufsicht ordnet an, dass die Brennelemente vorerst in Jülich bleiben sollen. Gleichzeitig gibt sie dem FZJ auf, so schnell wie möglich eine neue Genehmigung zu erwirken. Als ein ganzes Jahr später immer noch unklar ist, ob das in absehbarer Zeit möglich ist, ordnet die Atomaufsicht schließlich an, das Lager „unverzüglich“ zu räumen.

Im Herbst 2014 legt das FZJ ein Räumungskonzept vor. Erster Schritt ist in jedem Fall eine neue Genehmigung für das bestehende Lager, als

Interimslösung. Dann sollen die Brennelementkugeln entweder nach Ahaus, in die USA oder in ein neu zu bauendes Zwischenlager vor Ort in Jülich gebracht werden. FZJ, Genehmigungsbehörde, Ministerien und Atomaufsicht können sich jedoch nicht auf eine dieser Optionen festlegen.² Das FZJ will die Neubau-Option verwerfen und sich auf den Export in die USA konzentrieren. Auch das Bundesforschungsministerium befürwortet den Abtransport der Brennelemente – entweder in die USA oder alternativ nach Ahaus – offiziell, weil es diese Optionen für schneller umsetzbar hält. Das Bundesamt für Strahlenschutz (Bfs) will, dass das FZJ auch die Neubau-Option weiterverfolgt. Ein Gutachten im Auftrag des NRW-Wirtschaftsministeriums hält es nicht für sinnvoll, zu diesem Zeitpunkt bereits eine der Optionen zu verwerfen.

2015 lagert das FZJ seine Atomanlagen und die Verantwortung für den Atommüll an die neugegründete Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN) aus. Diese verfolgt jahrelang formal alle drei Optionen. Real jedoch schwankt sie zwischen Ahaus und USA hin und her. Ein Neubau in Jülich – die sicherste und im wahrsten Sinne des Wortes naheliegendste Option – hat zu keinem Zeitpunkt Priorität.

Die JEN begründet dies damit, dass zunächst zu klären sei, wie die Erdbebensicherheit des Bestandslagers und damit auch eines Neubaus nachgewiesen werden könne. Doch selbst als 2018 feststeht, wie der Nachweis zu führen ist, bleibt Jülich eine Scheinoption. Das verrät ein Bericht des Bundesrechnungshofes (BRH), der die angefallenen Kosten nach Optionen aufschlüsselt.² Zwischen September 2015 und August 2021 hat die JEN nach eigenen Angaben 17,7 Millionen Euro für die Ahaus-Option und 10,9 Millionen Euro für die Vorbereitung eines Exports der Kugeln in die USA investiert. Für einen Neubau in Jülich sind gerade einmal 62.300 Euro angefallen. Bis 2022 hat die JEN bereits die Hälfte der insgesamt für die Räumung des Behälterlagers eingeplanten 212 Millionen Euro ausgegeben³, ohne dass die Neubau-Pläne

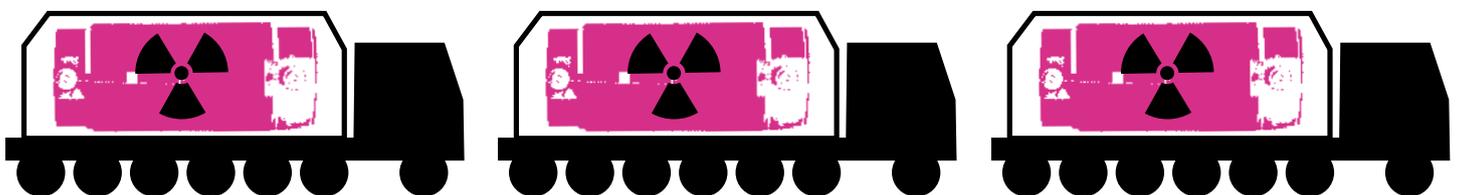
wesentlich vorangekommen oder auch nur ein einziger Castorbehälter aus dem Lager geholt worden wäre.

Fragwürdige Kostenschätzung

Politik und Behörden sehen die Schuld dafür vor allem bei der JEN. Das Bundesumweltministerium wirft ihr vor, so schreibt der BRH, „durch ihre wiederholt geänderte Antragsstellung in den Genehmigungsverfahren [...] zu einer erheblichen Ressourcenbindung und insgesamt zu einer Lösungsverzögerung beigetragen“ zu haben. Nachweise seien weder rechtzeitig noch in der notwendigen Qualität vorgelegt worden. Allerdings sind Bund und Land Gesellschafter der JEN und mit mehreren Ministerien in deren Aufsichtsrat vertreten; den Vorwurf, dass sie zu einer Entscheidungsfindung ebenfalls nicht genug beigetragen haben, erhebt auch der BRH.

Im Sommer 2022 bewerten die Bundesministerien für Umwelt, für Forschung und für Finanzen die Ahaus-Option als „grundsätzlich vorzugswürdig“. Grundlage für diese Entscheidung sind fragwürdige Kostenschätzungen der JEN, die unter anderem die Polizeikosten für den nötigen Schutz der 152 Transporte außen vor lassen. Die USA-Option wird endgültig ad acta gelegt.

Die NRW-Landesregierung, die sich im Koalitionsvertrag gegen Atommülltransporte und für einen Neubau in Jülich ausspricht, hat bis heute kaum konkrete Schritte dafür unternommen. Als im Sommer 2022 die Erdbebensicherheit des Bestandslagers nachgewiesen ist und damit der Hauptgrund für die Räumungsanordnung von 2014 entfällt (siehe Seite 6/7), bleibt die NRW-Atomaufsicht untätig. Sie enthält diese Information sogar der Öffentlichkeit vor – dabei belegen sie auch, dass ein erdbebensicherer Neubau in Jülich möglich wäre. Während die Landesregierung offiziell nicht von ihrer Position abrückt, sie wolle einen Neubau, lässt sie die JEN unbehelligt den Abtransport des Atommülls nach Ahaus vorantreiben. Das Grundstück in Jülich zum Bau eines Zwischenlagers hat die JEN nie gekauft, obwohl das Land das Geld dafür bereitgestellt hat. Eine Genehmigung für einen Neubau hat sie bis heute nicht beantragt. *Sophia Hansen*



Weitere Informationen zum Hin und Her um die Jülich-Castoren findest Du unter [ausgestrahlt.de/juelich-chronik](https://www.ausgestrahlt.de/juelich-chronik)



Foto: Amdt-Hofmann

In Sachen Atomkraft sind Macron und Putin beste Freunde. Protest bei der Verleihung des westfälischen Friedenspreises in Münster am 28. Mai

Der Deal mit Rosatom

Hintergrund | Die Atomfabrik Lingen will mit der staatlichen russischen Atombehörde gemeinsame Sache machen. Bald wird das Vorhaben öffentlich erörtert. Was dahinter steht und warum es viele empört

- 1 Wladimir Stiwjak, Rosatom und Russlands Krieg in der Ukraine, .ausgestrahlt-Hintergrundpapier, 2023.
- 2 Abhängig von Rosatom, .ausgestrahlt-Infografik, 2022
- 3 Der Atom-Riese, .ausgestrahlt Magazin 59, November 2023.
- 4 Putin und sein Atomkonzern Rosatom, faz.net, 09.08.2024.
- 5 Enge Bande, .ausgestrahlt Magazin 59, November 2023.
- 6 Lieferungen aus Deutschland an russische Militärfirma?, tagesschau.de 02.05.2024

1. Die Atomfabrik und ihr Projekt

Die Brennelementefabrik im niedersächsischen Lingen fertigt Brennelemente für Reaktoren westlicher Bauart. Dazu wandelt sie angereichertes Uranhexafluorid (UF₆) in Uranoxidpulver um, presst und sintert daraus Uranpellets, befüllt damit Brennstäbe und montiert diese zu Brennelementen zusammen. Die Fabrik ist vom Atomausstieg ausgenommen. Durch das Abschalten der AKW in Deutschland und den Rückgang der Atomstromerzeugung europaweit ist sie nicht mehr ausgelastet. In Zusammenarbeit mit Rosatom (siehe unten) will sie künftig auch Brennelemente für Reaktoren russischer bzw. sowjetischer Bauart herstellen. Dazu ist sie auf Komponenten, Maschinen, Know-how und den Goodwill von Rosatom angewiesen. Daneben benötigt sie eine atomrechtliche Genehmigung, die Einwendungen dagegen werden im November erörtert (siehe Seite 14/15).

2. Rosatom und der Kreml

Die Föderale Agentur für Atomenergie Russlands (Rosatom) ist die staatliche russische Atombehörde und zugleich der weltgrößte Atomkonzern. In ihr ist die gesamte zivile und militärische Atomwirtschaft Russlands vom Uranbergbau über Bau und Betrieb von AKW bis zur Atomwaffenproduktion zusammengefasst. Rosatom ist direkt dem Kreml unterstellt, der den Konzern für seine politischen Ziele einsetzt. Rosatom ist aktiv am Krieg gegen die Ukraine beteiligt, etwa bei der Besetzung des AKW Saporischschja.^{1, 2, 3, 4}

3. Kollaborateur Framatome

Der französische Staatskonzern Framatome, einst die Reaktorsparte von Areva, ist über die Tochtergesellschaft Framatome ANF Betreiber der Lingener Atomfabrik. Framatome baut und entwickelt AKW, hält diese instand und versorgt sie mit Brennelementen. Der Konzern hat im Dezember 2021, als der russische Truppenaufmarsch an der ukrainischen Grenze schon in vollem Gang war, eine Langzeitkooperation mit Rosatom vereinbart, an der er (mit Rückhalt der französischen Regierung) bis heute festhält. Die geplante Zusammenarbeit mit Rosatom in Lingen ist ein Beispiel dafür. Die enge Verquickung der französischen Atomindustrie mit Rosatom ist einer der maßgeblichen Gründe, warum der russische Atomsektor bisher von allen EU-Sanktionen ausgenommen ist: Entsprechende Vorstöße scheiterten stets am Veto Frankreichs.⁵

4. Spionage und Sabotage

Die Brennelementefabrik Lingen und Framatome verfügen über detaillierte sicherheitsrelevante Informationen über die belieferten AKW; dies betrifft Reaktoren in ganz Europa. Die enge Zusammenarbeit mit Rosatom und der für das Projekt nötige kontinuierliche und enge Kontakt und Austausch von Informationen öffnen Einfallstore für Spionage, Sabotage, Drohungen und Erpressungen. Manipulierte Brennelemente könnten Störungen und Unfälle im Reaktor verursachen. Die von Rosatom gelieferten Maschinen, Komponenten und fertigen Brennstäbe, die zur Produktion der neuen Brennelemente verwendet werden sollen, bieten viele Möglichkeiten für Manipulationen und zur Verschleierung derselben. Auch Sabotageakte in der Fabrik in Lingen selbst sind denkbar. Die direkt dem Kreml unterstellte Atombehörde Rosatom verfügt technisch, organisatorisch und finanziell über alle Möglichkeiten, solche Szenarien umzusetzen. Sicherheitspolitische Bedenken sind auch der Grund, warum die Bundesregierung dem Joint Venture 2021/22 auf Basis des Außenwirtschaftsrechts kein grünes Licht erteilt. Framatome und Rosatom tragen es schließlich in Frankreich ins Handelsregister ein.

5. Uranimport & Uranexport

Ungeachtet des russischen Angriffs auf die Ukraine bezieht die Brennelementefabrik Lingen bis heute regelmäßig Uran aus Russland und verschafft dem Kreml damit wertvolle Einnahmen. Mit dem geplanten Ausbau würde auch Geld für Maschinen, Bauteile, Brennstäbe und Lizenzen in Putins Kriegskasse fließen. Beantragt sind darüber hinaus Exporte von Kernbrennstoff an eine Rosatom-Tochtergesellschaft, die sich damit brüstet, Atomwaffen und U-Boot-Reaktoren für das russische Militär zu bauen.⁶

6. Putins Atommaschinen und die Untätigkeit der Behörden

Noch bevor über die beantragte Genehmigung für den Einstieg Rosatoms in die Brennelementeproduktion in Lingen überhaupt entschieden ist, lässt Framatome im Frühjahr die Atom-Maschinen aus Russland bereits anliefern, aufbauen, konfigurieren und testen – versteckt in einer heimlich dafür angemieteten ehemaligen Möbelhalle in einem Lingener Gewerbegebiet. Ohne dass die Öffentlichkeit davon erfährt, sind dafür wochenlang Abgesandte des Kreml-Konzerns in Lingen tätig. Diese führen sogar Schulungen für Framatome-Mitarbeitende durch – unter Spionagege-sichtspunkten ideale Bedingungen zur Anbahnung von Kontakten. Weder Sicherheitsbehörden noch Atomaufsicht schreiten ein.

Armin Simon

Zeige Gesicht gegen den Ausbau der Atomfabrik!

Gemeinsam mit anderen Initiativen will .ausgestrahlt zum Erörterungstermin Ende November Breite und Vielfalt des Protests nochmals öffentlich sichtbar machen – vor Ort in Lingen, gegenüber der Presse und im Netz. Nur die wenigsten der 11.000 Einwender*innen werden Zeit und Geld haben, persönlich nach Lingen zur Erörterung zu kommen. Viele mehr lehnen das Vorhaben ab. .ausgestrahlt sammelt deshalb Statements gegen das Atomprojekt und wird diese zum Erörterungstermin öffentlichkeitswirksam präsentieren. Mach jetzt mit! **Lade Foto und Statement hoch und zeige Deinen Protest gegen den geplanten Ausbau der Atomfabrik:** ausgestrahlt.de/lingen



Foto: Lars Hoff

Erörterungstermin live

Die mehr als 11.000 Einwendung gegen den Ausbau der Atomfabrik Lingen und den Einstieg von Rosatom werden nach vorläufigen Informationen **in der Woche ab dem 18. November in Lingen** erörtert. Zutritt haben alle, die eine Einwendung oder Sammel-einwendung unterschrieben haben. Wir gehen davon aus, dass weitere Interessierte als Vertretung oder als Gast Zugang erhalten können. .ausgestrahlt wird zudem täglich vom Erörterungstermin berichten. Mehr Infos unter ausgestrahlt.de/lingen

Auftakt-Aktion in Lingen

Gemeinsam mit anderen Initiativen plant .ausgestrahlt **eine größere Protestaktion zum Auftakt der Erörterung**. Wenn Du es einrichten kannst, komme daher am ersten Tag der Erörterung morgens nach Lingen. Aktuelle Infos unter ausgestrahlt.de/lingen



Foto: Lars Hoff

Der Betreiber der Brennelementefabrik Lingen will am liebsten nicht darüber reden, mit wem er kooperiert

Herbstliche Putin-Festspiele

Hintergrund | Ende November muss sich die Atomfabrik Lingen erstmals öffentlich der Kritik an ihrem Kooperationsprojekt mit dem Kremlin-Konzern Rosatom stellen – auch wenn sie genau darüber nicht reden will

- 1 Kremlin spricht von einem Krieg gegen den Westen, n-tv.de 15.02.2024.
- 2 Roller, Gerhard: Berücksichtigung der Belange der inneren und äußeren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des Versagungsermessens nach § 7 Abs. 2 AtG. Untersuchung anlässlich des Änderungsgenehmigungsverfahrens der Brennelementefertigungsanlage Lingen
- 3 PKGr-Bewertung der „russischen Einflussnahme in Deutschland“, Heute im Bundestag 14.03.2024.
- 4 Tiefe Einblicke in Putins Lügenmaschine, tagesschau.de 16.09.2024.
- 5 Sabotage durch russische „Low Level Agents“?, tagesschau.de 16.09.2024.

W wenn das niedersächsische Umweltministerium voraussichtlich in der zweiten Novemberhälfte zur Erörterung einlädt, um die vielen tausend Einwendungen gegen den beantragten Ausbau der Lingener Atomfabrik zu diskutieren, wird es spannend: Werden die deutschen Behörden zulassen, dass die Brennelementefabrik, deren Produkte im Reaktorkern von Atomkraftwerken in ganz Europa zum Einsatz kommen, direkt mit der russischen Atombehörde zusammenarbeiten darf? Mit einem Staatskonzern, der mitten in Europa aktiv einen Krieg vorantreibt, der schon lange als politisches Machtmittel benutzt wird und dessen Weisungsgeber sich im Konflikt mit dem gesamten „kollektiven Westen“¹ sehen?

Zum ersten Mal geht es bei der Erweiterung einer Atomanlage damit auch um die sicherheits-

politischen Gefahren, die mit einem solchen Projekt einhergehen. Und zum ersten Mal muss sich die Lingener Atomfabrik in diesem Zusammenhang direkt der Kritik stellen. Der französische Staatskonzern Framatome, dessen Tochtergesellschaft die Fabrik betreibt, hat bisher stets versucht, so wenig Informationen wie möglich nach außen dringen zu lassen. Am liebsten würde er gar nicht über die geopolitische Gefahren des Ausbaus reden. In seiner Version geht es nur darum, einige neue Maschinen aufzustellen. Die damit verbundenen Gefahren, Abhängigkeiten und Informationsflüsse blendet er komplett aus.

Sicherheitspolitische Gefahren

Dass diese Aspekte aber im Genehmigungsverfahren eine Rolle spielen müssen, hat der

renommierte Atomrechtsexperte Gerhard Roller in einem für das Bundesumweltministerium erstellten Gutachten klargestellt. Demnach müssen die Behörden auch die sicherheitspolitischen Gefahren einer Kollaboration mit Rosatom berücksichtigen.² Dies muss auch dann geprüft werden, wenn Rosatom, wie in diesem Fall, gar nicht als Antragsteller oder Betreiber in Erscheinung tritt. Für die Bewertung ebenfalls unerheblich ist Roller zufolge, dass sich die beantragte Herstellung von Brennelementen russischen Typs technisch nicht sehr stark von der bisherigen Produktion unterscheidet. Denn: „Zu verhindern, dass durch Anwendung [...] der Kernenergie [...] die innere oder äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet wird“, ist – neben dem Strahlenschutz – explizites Ziel des Atomgesetzes. Zu prüfen ist also unter anderem, inwiefern die Beteiligung Rosatoms die innere oder äußere Sicherheit gefährden könnte. Seien „nuklearspezifische Gefahren“ zu befürchten, so Roller, stehe den Behörden ein „Versagensermessen“ zu: Sie können die atomrechtliche Genehmigung auch dann verweigern, wenn die Anlage die Anforderungen etwa bei Strahlenschutz und Emissionswerten erfüllt.

Solche Gefahren gibt es viele. Bereits jetzt ist Deutschland ein Hauptziel russischer Spionage und Desinformationsbemühungen.^{3,4} Auch Fälle von Sabotage haben in letzter Zeit zugenommen.⁵ Bei einer Beteiligung Rosatoms können diese auch im Atombereich nicht ausgeschlossen werden. So könnte Rosatom die

in Lingen gefertigten neuen Brennelemente manipulieren und dadurch für Gefährdungen in Atomanlagen anderswo sorgen. Es könnte auch in Lingen selbst zu Spionage und/oder Sabotage kommen. Oder Rosatom könnte durch die Zusammenarbeit an sicherheitsrelevante Informationen etwa über von Lingen belieferte andere Atomanlagen gelangen. Berücksichtigt werden muss laut Roller auch die Möglichkeit, dass Rosatom über die Zusammenarbeit Informationen gewinnen könnte, die zur „Destabilisierung der öffentlichen Sicherheit“ oder „Desinformation und Verunsicherung der lokalen Bevölkerung“ genutzt werden könnten.

Framatome ANF versucht seit Monaten, seinen Kritiker*innen den Wind aus den Segeln zu nehmen. So betont der Konzern inzwischen etwa, dass, anders als zunächst mitgeteilt, nun doch keine Mitarbeitenden von Rosatom das Betriebsgelände mehr betreten müssten – als ob die Gefahr von Spionage und Sabotage in oder mithilfe der Brennelementefabrik damit aus der Welt sei. Ein eigens in Auftrag gegebenes Gegengutachten, das Framatome an Politiker*innen und Journalist*innen verteilt, argumentiert, dass die sicherheitspolitischen Gefahren rechtlich keine Rolle zu spielen hätten und außerdem sowieso nicht existierten ...

Protest ist weiter nötig

Der Erörterungstermin, an dem mindestens alle Einwender*innen teilnehmen können, dient dem Austausch der Argumente. Die Behörde

muss diese im Anschluss dann abwägen, unter Umständen auch weitere Gutachten und Stellungnahmen einholen. Die Entscheidung fällt also erst einige Zeit später.

.ausgestrahlt wird in Lingen gemeinsam mit anderen Initiativen dafür streiten, dass die mannigfaltigen Gefahren, auch die sicherheitspolitischen, auf den Tisch kommen und dass die Atomaufsicht diese in der notwendigen Tiefe prüft. Politisch ist der Erörterungstermin eine gute Gelegenheit, den breiten Widerspruch gegen das skandalöse Vorhaben noch einmal unübersehbar deutlich zu machen. Denn leider werden auch die besten Argumente alleine nur begrenzte Wirkung entfalten, wenn sie nicht von öffentlichem Protest begleitet werden. Insbesondere Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat sich bislang um eine klare Positionierung in dieser Frage gedrückt. .ausgestrahlt ruft deshalb dazu auf, in Lingen möglichst zahlreich Gesicht gegen den geplanten Ausbau der Atomfabrik zu zeigen, entweder physisch oder mit Foto und Bild – mehr dazu siehe Seite 13.

Mitten im russischen Angriffskrieg die Beteiligung des Kreml-Konzerns Rosatom an einer Atomanlage wie in Lingen auch nur in Erwägung zu ziehen, ist unverantwortlich und gefährlich. Aus Anti-Atom-Sicht kommt noch ein weiteres Argument hinzu: Gelingt es, den beantragten Ausbau und den Einstieg Rosatoms zu stoppen, bringt das auch die komplette Schließung der Atomfabrik einen großen Schritt näher.

Julian Bothe

Dein Vermächtnis: *Atomkraft – nie wieder!*



Kostenlose Infoveranstaltung (online)

Erbschaftsrecht und Testament

20. November | 17 Uhr
mit Anwältin Dr. Nadja Sievers

Anmeldung über:
carolin.franta@ausgestrahlt.de





Möglichst viel Atom­müll billig loswerden: Die in der Asse entwickelte „Abkipp-Technik“ galt als innovativ

Holt den Müll raus!

Hintergrund | Das Wasser in der Asse macht erneut deutlich, dass die Zeit für die Bergung des dort abgekippten Atom­mülls drängt. Diese muss höchste Priorität haben. Der Streit um das nötige Zwischenlager sollte davon nicht ablenken

Ein ehemaliges Salzbergwerk in der Nähe von Wolfenbüttel sorgt wieder für Schlagzeilen. Wasser, das sich unter Tage neue Wege sucht, Notfallpläne und eine alte Fehde zwischen Nord- und Süddeutschland um die Lagerung von Atom­müll bieten viel Stoff für Berichterstattung. Auch die über sechzigjährige Geschichte der Asse hat alles, was eine spannende Story braucht: Skrupellose Wirtschaftsunternehmen, ungehörte Mahner*innen, unter dem Druck der Politik immer wieder wegschauende Behörden, unerwartete Überraschungsmomente, dazu die prickelnde Rahmenhandlung: ein instabiler Berg voller Atom­müll, ein Wettlauf mit der Zeit und eine bei Scheitern des Unterfangens drohende Umweltkatastrophe.

Als in den 1960er Jahren die ersten AKW in Deutschland ans Netz gingen, suchten Atomwirtschaft und Politik eine schnelle Lösung für das wachsende Atom­müllproblem. Das ehemalige Salzbergwerk Asse II, 70 Kilometer südöstlich von Hannover und unweit der Grenze zur

DDR gelegen, schien ihnen dafür ideal: Die bereits vorhandenen Hohlräume im Salz könnten „ohne Bedenken zur Einlagerung radioaktiver Abfallprodukte genutzt werden“, schrieben die Behörden. Ein Wasserzutritt in das Bergwerk, vor dem Kritiker*innen damals schon warnten, sei „in höchstem Maße unwahrscheinlich“, ein Eindringen radioaktiver Stoffe in die Biosphäre angeblich ausgeschlossen.

„Versuche“, Müll billig loszuwerden

Die Einlagerung von Atom­müll in Asse II startete 1967. Die vorher durchgeführten Untersuchungen zur Eignung des Lagers waren eher symbolischer Natur. Erlaubt war zunächst nur die Annahme von Fässern mit schwachradioaktivem Müll. Was wirklich in den Fässern war, weiß niemand so genau. Die Dokumentation war vollkommen unzureichend, die Strahlung wurde nur außen am Fass gemessen. Atomwirtschaft und Atomforschungszentren kamen schnell auf die Idee, mit Beton ummantelte dickwandigere Fässer zu nutzen, um – geneh-



Foto: Helmholtz-Zentrum München

migungswidrig – auch stärker strahlenden Abfall in Asse II loszuwerden. Kontrollen fanden kaum statt, Verstöße hatten selten Konsequenzen.

Offiziell firmierte die Asse II als „Versuchsendlager“. Die „Versuche“ befassten sich allerdings vornehmlich damit, wie noch größere Mengen Müll noch kostengünstiger in den Untergrund geschafft werden könnten. Ein Ergebnis war die fortan praktizierte „Abkipptechnik“, bei der die Atomüllfässer nicht mehr gestapelt, sondern einfach einen Abhang hinunter gekippt wurden. Beschädigungen der Fässer nahm man dabei in Kauf.

1973 genehmigten die Behörden offiziell auch die Annahme von mittelradioaktivem Müll. Die Atomwirtschaft hatte nun einen Weg, einfach und kostengünstig viele ihrer strahlenden Hinterlassenschaften zu entsorgen. Umso größer war ihre Panik, als eine Gesetzesänderung drei Jahre später ein ordentliches Genehmigungsverfahren für das Atomülllager verlangte. Allen Beteiligten war klar: Asse II mit seinen Schwachstellen konnte eine solche Genehmigung niemals erlangen. Bis zum Einlagerungsstopp Ende 1978 stiegen die angelieferten Mengen daraufhin stark an: Die Atomwirtschaft versuchte, so viel Atomüll wie noch möglich in der Asse loszuwerden. Hauptanlieferer war die Pilot-Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe, die abgebrannte Brennelemente aus deutschen AKW verarbeitete. Mehr als 90 Prozent der in die Asse verbrachten Radioaktivität stammt somit von den Atomkraftwerken.

Die Sicherheitsrisiken der Atomüllkippe zeigten sich schnell. Stollen brachen ein, Schächte wurden instabil. Das sogenannte „Fließen“ des Salzes führt bis heute zu unvorhersehbaren Verschiebungen. So vermuteten Expert*innen bei Kammer 7, dass diese aufsteige – bis man bei Bohrungen 2012 feststellte, dass sie vielmehr abgesunken ist. Schon 1979 kam es zu ersten Wassereintrüben. 1988 brach dann an einer Stelle eine letzte Salzschiebt mit der nach außen schützenden Gipschicht weg. Seither fließt permanent junges Grundwasser zu, täglich werden 12 Kubikmeter abgepumpt.

Gelangt das salzige Wasser zum Atomüll, könnte es die Fässer binnen weniger Jahrzehnte korrodieren. Die radioaktiven Partikel würden dann durch den Gebirgsdruck nach oben gepresst – bis in die Grundwasserschichten über dem Salzstock, die hunderte Kilometer weit reichen. Der billig „entsorgte“ Strahlenmüll droht so eine ganze Region zu verseuchen.

Erst 2009 wurde die Asse unter Atomrecht gestellt, zuvor galt für sie einfaches Bergrecht. Der Bundestag beschloss 2013, dass der gesamte Atomüll aus Asse II wieder zurückgeholt werden muss, die Kosten von mehreren Milliarden Euro tragen die Steuerzahler*innen. Doch das Projekt kommt nicht recht voran. Die zuständige Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) kann bisher keine großen Erfolge vorweisen, eine Lösung für die Bergung der zum Teil beschädigten Atomüllfässer ist auch nach über zehn Jahren noch nicht gefunden. Selbst für den zwingend erforderlichen neuen Schacht gibt es bisher nur eine Absichtserklärung, im nächsten Jahr einen Bauantrag zu stellen.

Hofft die BGE auf Wassereinbruch?

Zügig vorangetrieben wird nur der Bau der für eine Notflutung der Asse nötigen Anlagen. Eine solche könnte bei einem starken Wassereintrüben notwendig werden, der wie ein Damoklesschwert ständig über dem alten Bergwerk schwebt – und es mehren sich die Stimmen, die befürchten, dass die BGE genau darauf setzt. Eine aufwendige und teure Bergung wäre dann nicht mehr möglich. Die Gefahr, dass es früher oder später zu einer Verseuchung der Umwelt kommt, würde aber enorm steigen.

Dass noch nicht alles unter Kontrolle ist und die Asse bis heute und mit heutigem Wissen unberechenbar bleibt, zeigt der seit Mai veränderte Wasserweg in den alten Schächten. Große Teile des Laugenwassers, das bisher auf der 658-Meter-Sohle aufgefangen und von dort

nach außen gepumpt wurde, hat trotz der Sicherungsmaßnahmen einen Abflussweg gefunden und tritt nun erst auf der 725-Meter-Sohle aus. Nach Angaben der BGE ist dieses Wasser bisher nicht mit den Atomüllkammern in Kontakt gekommen. Es wird nun in eine für Notfälle gebaute unterirdische Kaverne geleitet.

Streit um neues Zwischenlager

Für Diskussionen sorgt weiterhin die Frage, wohin mit dem Atomüll, wenn er denn geborgen werden kann. Unstrittig ist, dass es oberirdische Anlagen zur Behandlung und Verpackung direkt am noch zu bauenden Schacht braucht. Wo er danach lagern soll, ist unklar. Die Politik hofft, dass bei der Standortsuche nach einem sogenannten Endlager für den hochradioaktiven Müll auch ein Standort für die mittel- und schwachradioaktiven Stoffe abfällt. Ein eigenes transparentes Suchverfahren unter echter Beteiligung der Bürger*innen, wie es die Anti-Atom-Bewegung fordert, lehnt sie ab. In jedem Fall wird ein solches Lager aber aller Voraussicht nach erst im nächsten Jahrhundert zur Verfügung stehen.

Notwendig ist bis dahin also noch ein möglichst sicheres, auf viele Jahrzehnte ausgelegtes Zwischenlager. Dieses direkt auf dem Gelände des ehemaligen Bergwerks zu planen, wie es die BGE vorhat, könnte der nächste verhängnisvolle Fehler in der Geschichte der Asse werden. Wenn die brüchigen Stollen unter Tage einstürzen, drohen auch über Tage Bergschäden, die Gebäude beschädigen könnten. Ein Abtransport ins ferne Bayern, wie ihn Niedersachsens Umweltminister Christian Meyer fordert, ist eher als populistische Retourkutsche an die Adresse bayerischer Politiker*innen zu werten, die immer noch allen Atomüll nach Gorleben abschieben wollen. Ein Transport der Atomüllmassen aus der Asse quer durch Deutschland würde jedenfalls neue – und vermeidbare – Risiken mit sich bringen.

Das Zwischenlager für den Asse-Müll müsste folglich möglichst nah am Schacht liegen, aber höchste Sicherheitsanforderungen erfüllen. Die BGE muss diese Diskussion transparent führen. Vor allem aber muss sie endlich alles daran setzen, den Atomüll so schnell wie möglich wieder ans Tageslicht zu holen. Der Müll muss raus, bevor das Bergwerk einstürzt und vollständig absäuft. Die jüngste Ankündigung der BGE, die Rückholung des Strahlenmülls erst für die 2060er Jahre zu planen, ist demgegenüber ein schlechter Witz.

Helge Bauer



„Es ist absolut unverantwortlich, hier Uranbergbau zu betreiben“

Porträt | Nouhoum Keïta ist Journalist und Radiomacher sowie Mitbegründer der Organisation „Action solidarité pour les 21 villages de la commune de Faléa“, die den Bau einer Uranmine in Faléa verhindern konnte



Foto: privat

Faléa im Südwesten Malis ist eine Gemeinde im Dreiländereck von Mali, Senegal und Guinea. Die Gegend ist sehr reich an Bodenschätzen. Es gibt Magnesium, Lithium, Eisen, Gold und eben auch Uran. Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre hat der französische Atomkonzern Cogéma – heute Orano – Uran-, Kupfer- und Bauxitvorkommen in Faléa entdeckt. Zu dieser Zeit war ihnen das Uran nicht so wichtig. Deshalb haben sie diese Ressource nicht sofort genutzt. Erst 20 Jahre später hat man genau hingeschaut.

Die malische Regierung will aus den Bodenschätzen Kapital schlagen und hat 2007 mit der Firma Delta Explorations Inc. einen Geheimvertrag über den Abbau dieser Rohstoffe abgeschlossen. Später ist diese Aktivität an die kanadische Firma Rockgate Capital Corp. übergegangen. Rockgate veröffentlichte rasch eine Umweltverträglichkeits-Studie, wohl als „Charme-Offensive“ für die Aktionäre, und startete mit den Versuchs-

bohrungen. Das Unfassbare daran: Die malischen Gesundheits- und Umweltbehörden waren nicht über diese Bohrungen informiert, ebensowenig die Agence Malienne de Radioprotection (AMARAP), die malische Strahlenschutzbehörde. Die Gegend um Faléa ist zudem nur schwer zugänglich. Und die Behörden hatten zu wenig finanzielle Mittel und

Kapazitäten und auch nicht genug ausgebildete Leute, um die Situation vor Ort wirklich zu prüfen oder im Zweifel sogar zu intervenieren. Da sind wir aktiv geworden.

Die Behörden sind ihrer Schutzpflicht nicht nachgekommen! Rockgate hat angefangen, unsere Umwelt zu zerstören, durch sehr tiefe Bohrungen. Die reichten bis ins Grundwasser, und in die Bohrlöcher haben sie dann Chemikalien reingepumpt. Sie haben die Felder der Bauern zerstört. Das Vieh, das an den Bohrstellen getrunken hat, ist umgekommen. Und niemand wusste, ob das nicht auch für Menschen gesundheitsschädlich ist, was die da machen.

Da haben wir angefangen, in den Medien über den Skandal berichten, über das Versagen der Behörden. Wir haben angefangen, die Bevölkerung zu mobilisieren, haben sie aufgeklärt über die Gefahren, vor allem über das Radio. Und wir haben Kontakte geknüpft nach Europa, zu Abgeordneten des Europaparlaments und zu Organisationen wie dem Europäischen BürgerInnen Forum und den Ärzten gegen den Atomkrieg (IPPNW). So haben wir ein breites Bündnis gegen den Uranabbau gebildet. Europäische Delegationen sind nach Bamako gekommen und haben den damaligen Präsidenten getroffen und die zuständigen Minister*innen. Auf diesem Umweg haben auch die Behörden in Mali angefangen, die Frage ernst zu nehmen.

Es gab eine gemeinsame Arbeitssitzung von Minister*innen, der Bevölkerung und Vertreter*innen von Rockgate. Die französische

„Die Behörden hatten zu wenig Mittel und nicht genug ausgebildete Leute, um die Situation vor Ort wirklich zu prüfen.“

Anti-Atom- und Strahlenschutz-Organisation CRIIRAD hat Leute in den Dörfern ausgebildet und mit Geigerzählern ausgestattet, um ein Minimum an Überwachung der Bergbauaktivitäten sicherstellen zu können. Zudem wurde eine Kommission gebildet aus Regierungsvertreter*innen, Vertreter*innen von Rockgate und der Bevölkerung, um das weitere Vorgehen zu begleiten. Dass Regierung und Behörden ihr Verhalten

geändert haben und Rockgate transparenter sein musste, war ein erster Erfolg unseres Protests.

Die IPPNW hat zudem eine große internationale Konferenz in Bamako organisiert. Von 2011 bis 2015 waren wir ständig aktiv: Wir haben auf verschiedenen Ebenen mobilisiert und immer wieder aufgeklärt, was die Gefahren einer Uranmine sind, sowohl vor Ort in Faléa, als auch in Mali allgemein. Selbst die zuständigen Behörden haben schließlich mit unserer Organisation zusammengearbeitet. Sie haben verstanden, dass es schwierig ist, eine Uranmine aufzumachen, wenn die Bevölkerung dagegen ist. Darauf waren sie nicht vorbereitet. Hinzu kommt, dass der Uranpreis zurückgegangen und die politische Situation in Mali instabil ist. Deswegen liegt das Projekt im Moment auf Eis.

Das Radio hat für unsere Arbeit eine große Bedeutung gehabt, da die Gegend nur schwer zu erreichen und von vielen Informationsquellen abgeschnitten ist. Durch die Aufklärung über das Radio konnten wir den Leuten klarmachen, dass die Mine viele Probleme mit sich bringen würde – nicht nur für die Gegend, sondern für das ganze Land. Denn es gibt weder die technischen Möglichkeiten noch entsprechend ausgebildete Leute hier. Niemand hier hat die Möglichkeit, mit dem, was da geschieht, umzugehen oder auch nur die Auswirkungen abzusehen. Selbst Deutschland mit seinen ganzen Mitteln hat es nicht geschafft, alle negativen Konsequenzen des Uranabbaus zum Beispiel der Wismut in den Griff zu bekommen. In einem Land wie Mali ist das völlig unvorstellbar. Deswegen ist es absolut unverantwortlich, hier Uranbergbau zu betreiben.

Aktuell wird der Goldabbau vorangetrieben und dadurch das Ökosystem zum Teil irreversibel geschädigt. Es gibt viel Korruption in der Gegend. Dadurch ist es für uns sehr schwer, eine andere, alternative Entwicklung voranzutreiben. Überall stoßen wir auf Leute, die Teil des korrupten Systems sind. Wir haben die

Regierung informiert, diese hat eingeräumt, dass diese Ausbeutung nicht in Ordnung ist – aber es passiert nichts.

Der malische Staat hat nicht genug Geld, um seinen Aufgaben nachzukommen, was Umweltbelange angeht. Deswegen ist es umso wichtiger, dass die Zivilgesellschaft sowohl in Mali als auch hier in Deutschland und Europa zusammenarbeitet, um eine weitere Ausbeutung der Uranvorkommen und anderer Rohstoffe zu verhindern und zumindest weitere negative Folgen abzuwenden.

Sobald wir die Mittel dafür haben, wollen wir jetzt in der Regionalhauptstadt Kéniéba einen Radiosender einrichten, der eine höhere Reichweite hat als der in Faléa. Den brauchen wir, um die weitere Ausbeutung der Ressourcen hier und die Zerstörung der Umwelt zu verhindern, aber auch, um uns zu organisieren und die

„In die Bohrlöcher haben sie Chemikalien reingepumpt. Das Vieh, das dort getrunken hat, ist umgekommen.“

Akteure zu vernetzen. Damit wir eine wirkliche Gegenmacht werden, die für die Umwelt streitet. Die Frauen tragen bei uns einen Hauptteil der lokalen Wirtschaft. Wenn wir Strom in der Gegend hätten, etwa durch ein Solarprojekt, würde sie dies von ermüdenden Arbeiten entlasten und sie hätten Zeit für andere Tätigkeiten. Kinder könnten mit Licht besser ihre Schulaufgaben machen. Die Gesundheitssituation würde sich verbessern, weil man dann Medikamente und Impfstoffe kühl lagern könnte. Es hätte ganz viele Vorteile, wenn es ein Minimum an Energie gäbe.

Auf der Sahel-Konferenz in Berlin Ende August gab es auch einen Workshop zum Thema Energie. Die meisten Akteure aus dem globalen Süden haben dort eine Forderung beziehungsweise einen Wunsch an die deutsche Regierung formuliert: Unterstützung für Erneuerbare-Energien-Projekte in der Sahelzone. Das wäre ein riesiger Schritt vorwärts.

Protokoll: Bettina Ackermann
falea21.de

Anzeige

EWS
Elektrizitätswerke
Schönau

Gemeinsam
was bewegen!

ATOMSTROMLOS

KLIMAFREUNDLICH

BÜRGEREIGEN

Für eine nachhaltige Energieversorgung und Klimaschutz, gegen Atomkraft und Kohlestrom – als Genossenschaft verbinden die EWS bürgerschaftliches Engagement, Mitbestimmung und Dezentralisierung.

ews-schoenau.de

.ausgestrahlt-Shop

Da Engagement gegen Atomkraft keine Frage des Geldbeutels sein soll, ist das gesamte Sortiment des .ausgestrahlt-Shops kostenlos erhältlich.

.ausgestrahlt übernimmt sogar Deine Versandkosten. Wir freuen uns, wenn Du die Herstellung des Materials mit einer solidarischen Spende unterstützen kannst.

Bestellung nur online – da gibt's auch das volle Sortiment zu sehen: ausgestrahlt.de/shop



AKW AUS – UND DOCH NOCH VIEL ZU TUN

Aufkleber „Atomkraft? Nie wieder!“

Wetterfest, Ø 11 cm – M-123-03

Flyer „Gemeinsam gewonnen – und noch viel zu tun“

Warum das Abschalten der AKW ein vielfacher Erfolg und das Atom-Thema dennoch nicht vom Tisch ist.

DIN lang, vierseitig – M-310-23



Aufkleber „Atomkraft? Nein danke“

Wetterfest, klein, Ø 5,5 cm – V-123-02

Wetterfest, mittel, Ø 11 cm – V-123-01

Wetterfest, maxi, Ø 33 cm – V-123-03



Fahnen „Atomkraft? Nein danke“

Setz ein Zeichen, lass die Anti-Atom-Sonne wehen! Wetterfest. Für Fahrräder, Fenster, Türen und Balkongeländer ebenso wie für Mahnwachen, Demos und Aktionen ...

Klein, 38 x 30 cm, mit Plastik-Halterung – V-123-08

Klein, 38 x 30 cm – V-123-07

Groß, 90 x 60 cm – V-123-09

Maxi, 40 x 120 cm – V-123-11



Button „Atomkraft? Nein danke“

Nadelbutton, Ø 32 mm – V-123-04

ATOMFABRIK LINGEN SCHLIEßEN

Hintergrund-Info „Atomfabrik Lingen“

Fragen und Antworten zum geplanten Ausbau der Brennelementefabrik Lingen unter Beteiligung des russischen Staatskonzerns Rosatom

A5, vierseitig – M-320-02



ATOMMÜLL

Flyer „Jahrhundert-Lager“

Aus Zwischenlagern werden Langzeitlager. Die Zwischenlagerung des hochradioaktiven Atommülls wird sehr viel länger dauern als ursprünglich behauptet.

DIN lang, achtseitig – M-302-42



KLIMA UND ATOM

Flyer „Atomkraft ist kein Klimaretter“

DIN lang, zweiseitig – M-309-19



Aufkleber „Weg mit Kohle UND Atom – erneuerbar ist unser Strom!“

Wetterfest, 8 x 10 cm – V-309-03



Aufkleber „Atommüll-Transporte stoppen“

Wetterfest, 20,5 x 5,8 cm – M-302-03

Plakat „Atommüll-Transporte stoppen“

A3, einseitig – M-302-55



Transparent „Kein Atommüll von Jülich nach Ahaus!“

Wetterfest, mit Tunneln an den Seiten zum Einstecken von Stäben und Ösen in den vier Ecken
300 x 60 cm – M-302-56



Transparent „Stoppt Fossile UND Atom“

Wetterfest, mit Tunneln an den Seiten zum Einstecken von Stäben und Ösen in den vier Ecken

250 x 70 cm – V-309-01



.ausgestrahlt

NEU: .ausgestrahlt-Magazin Nr. 62

Zum Auslegen und Verteilen.

A4, 24 Seiten – M-121-62



! Wenn Du für eine Aktion größere Mengen benötigst, wende Dich bitte an shop@ausgestrahlt.de

Lass uns gemeinsam AKW abschalten – jetzt auch in der Schweiz!

» Helfen und .ausgestrahlt fördern!

Es ist noch nicht vorbei

Aufruf | Atomgefahr aus der Schweiz stoppen. Jetzt .ausgestrahlt fördern!

Nukleare Bedrohung vor unserer Haustür

Die Strahlenwolke würde nur ein paar Sekunden brauchen. Das Schweizer AKW Leibstadt steht direkt an der deutschen Grenze. Ganze 20 Kilometer sind es bis zum AKW Gösgen, zu den beiden Meilern des AKW Beznau gerade mal fünf. Kein anderes Land der Welt betreibt so uralte Reaktoren.

Ein schwerer Unfall in einem Schweizer AKW hätte mit großer Wahrscheinlichkeit auch für Deutschland verheerende Folgen: Leben und Gesundheit von Millionen Menschen wären in Gefahr, Trinkwasser aus Rhein und Bodensee verseucht, riesige Gebiete kontaminiert und mitunter für Jahrzehnte unbewohnbar.

Strahlung macht nicht an Landesgrenzen halt

Die grenznahen AKW in Belgien und Frankreich und die von ihnen ausgehende Gefahr sind schon lange Thema. In beiden Ländern führten internationale Proteste bereits zu ersten Erfolgen: Zwei der sieben belgischen Reaktoren wurden stillgelegt, drei weitere sollen 2025 folgen. Frankreich hat 2020 die beiden Reaktoren des erdbebengefährdeten AKW Fessenheim nahe Freiburg abgeschaltet. Nur die Schweizer AKW bleiben bisher eher unbeachtet – allen Sicherheitsdefiziten zum Trotz. Dabei gehören die Reaktoren hier zu den ältesten der Welt.

Laufzeitverlängerungen und AKW-Neubauten?

Die Schweizer*innen haben 2017 für ein Neubauverbot von Atomkraftwerken und damit für einen Atomausstieg gestimmt. Nur gibt es

dafür bisher weder ein konkretes Datum noch einen Plan. Das rächt sich nun: Die AKW-Betreiber wollen die Laufzeiten der Reaktoren um mehrere Jahrzehnte verlängern. Der Schweizer Energieminister und Atomlobbyist*innen wollen gar das Neubauverbot kippen.

Zusammen mit Bündnispartnern in Süddeutschland und der Schweiz will .ausgestrahlt diesen gefährlichen Plänen mit Kraft und Phantasie entgegentreten. Wir wollen die Risiken der Schweizer AKW offenlegen und Laufzeitverlängerungen sowie Neubauten verhindern. Wir wollen Druck machen für einen konkreten Ausstiegsplan und die alten Schweizer Meiler abschalten. Ein AKW-freies Kerneuropa von Dänemark bis Sizilien wäre auch ein deutliches Signal an jene Länder, die weiter an Atomkraft festhalten!

Kannst Du .ausgestrahlt helfen, die Schweizer Risikoreaktoren abzuschalten?

Um unsere Pläne und Ideen zu den Schweizer AKW umzusetzen, brauchen wir engagierte Mitstreiter*innen – und finanzielle Unterstützung. Regelmäßige Beiträge helfen uns besonders; mit ihnen können wir am besten planen und so politisch Druck machen – in Deutschland und der Schweiz. Gemeinsam haben wir es geschafft, die deutschen Atomkraftwerke abzuschalten. Jetzt ist es an der Zeit, für ein atomfreies Europa zu streiten. Hilfst Du uns dabei? Jeder Beitrag, sei er noch so klein, bringt uns diesem Ziel näher.

Dir winkt ein doppeltes Dankeschön – siehe rechts: Geschenk und Teilnahme an der Verlosung.

Carolyn Franta

Geschenk!

Wer .ausgestrahlt mit mindestens 10 Euro/Monat neu fördert oder die bisherige Unterstützung erhöht, bekommt ein Dankeschön:



• **Buch „Tiefenlager“**: ein kühnes Gedankenspiel um das ungelöste Problem der Atommüll-Lagerung, von Annette Hug, oder



• **Upcycling-Kulturbeutel** aus alten .ausgestrahlt-Transparenten, fair und handwerklich in Berlin gefertigt, jeder ein Unikat.

Gewinn!

Alle neuen Förder*innen und alle, die ihren bisherigen Beitrag erhöhen, nehmen zudem an einer Verlosung teil:



• **3 x 1 Kappe und 4 x 1 Rucksack/Hüfttasche** von Patagonia,
• **2 x 1 Gutschein** von Werkhaus über 50 Euro, gültig für Bestellungen ab 50 Euro, einlösbar bis 31.10.2025 unter werkhaus.de/shop



• **2 x 1 Gutschein für Ökostrom** von den Elektrizitätswerken Schönau (EWS) im Wert von 200 Euro, nur anrechenbar auf EWS-Stromrechnung



• **1 x 1 Gutschein für 2 Nächte im wendländischen Biohotel „Kenners Landlust“**, 2 Pers., HP, außerhalb der Ferienzeiten, Anreise auf eigene Kosten.

Teilnahmebedingungen (Verlosung): Teilnahmeberechtigt sind Personen ab 18 Jahren, die zwischen 25.09.24 und 03.01.25 neu Förder*in werden oder ihren bisherigen Förderbeitrag erhöhen. Mitarbeitende von .ausgestrahlt sind ausgeschlossen. Die Teilnahme ist per Brief, Fax oder unter ausgestrahlt.de/foerdern möglich. Einsendeschluss: 03.01.25. Die Preise werden ausgelost und an die Gewinner*innen übermittelt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Veranstalter: .ausgestrahlt e.V.

Hinweise zum Datenschutz: ausgestrahlt.de/datenschutz

.ausgestrahlt dankt für die gespendeten Verlosungsgeschenke!

Du möchtest .ausgestrahlt zukünftig fördern? Nutze den beiliegenden Rückmeldebogen oder gehe auf ausgestrahlt.de/foerdern





„Strategische Partnerschaft“ in Sachen Atomkraft

Protest gegen Macrons Atompolitik

Mit einem symbolischen Handschlag zwischen Macron und Putin prangern Atomkraftgegner*innen am 28. Mai in Münster den Kuschelkurs des französischen Präsidenten mit dem russischen Atomkonzern Rosatom an. Anlass ist die Verleihung des Westfälischen Friedenspreises an Macron, ausgerechnet für sein angebliches Engagement gegen den russischen Angriff auf die Ukraine – dabei spült seine Atompolitik weiter jede Menge Geld in die russische Kriegskasse. Gemeinsam mit dem französischen Netzwerk Sortir du Nucléaire und anderen Anti-Atom-Initiativen fordert .ausgestrahlt, die Zusammenarbeit mit dem Kreml-Konzern Rosatom zu stoppen, die ein Sicherheitsrisiko für ganz Europa ist.



Fotos: Amdt Hofmann



Foto: Lens Hoff

Enttarnt: Putins geheime Atom-Maschinen

Zugeklebte Scheiben, Überwachungskameras, ein einsamer Wachmann, kein Firmenschild weit und breit: Die geheime Außenstelle der Lingener Atomfabrik, die .ausgestrahlt zusammen mit örtlichen Atomkraftgegner*innen am 27. Juni enttarnt, versteckt sich in einem ehemaligen Möbelhaus. Framatome hat den russischen Atomkonzern Rosatom in der Halle Maschinen zur Brennelementefertigung aufbauen lassen – obwohl die dafür beantragte Genehmigung bislang nicht erteilt ist. Sogar Schulungen für Mitarbeitende der Lingener Brennelementefabrik führte Rosatom hier durch. .ausgestrahlt findet: Die Öffentlichkeit soll wissen und wo Abgesandte des Kremls Kontakte zu den Mitarbeitenden der Lingener Brennelementefabrik knüpfen. Unterlagen aus dem niedersächsischen Umweltministerium, die .ausgestrahlt auswertet, belegen, wie die Behörden dem Treiben der Atomkonzerne tatenlos zusehen und die Gefahr von Spionage und Sabotage ignorieren. Zu dem Vorwurf von .ausgestrahlt, dass es sich um ein ungenehmigtes „Errichten“ einer Atomanlage handelt, schweigt das Ministerium – bis heute. ausgestrahlt.de/lingen

Gutachten: Castorlawine überflüssig und gefährlich

Die geplanten Castortransporte von Jülich nach Ahaus sind riskant – und NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur und Bundesumweltministerin Steffi Lemke (beide Grüne) könnten sie verhindern. Das belegen zwei von .ausgestrahlt in Auftrag gegebene und im August in zwei Online-Presskonferenzen vorgestellte Expertisen. Dem Gutachten der Reaktorexpertin Oda Becker zufolge sind die Transporte nur unzureichend gegen Angriffe etwa mit Drohnen geschützt. Auch Unfälle könnten verheerende Folgen haben (siehe Interview Seite 8/9). Ein Rechtsgutachten des Verwaltungsrechtlers Dr. Ulrich Wollenteit zeigt, dass die Atomaufsicht die Räumungsverfügung für das Jülicher Lager aussetzen kann, um den Weg freizumachen für ein neues, sichereres Zwischenlager vor Ort (siehe Seite 6/7). Das würde die Allgemeinheit auch vor den unnötigen Transportrisiken schützen.

Gemeinsam mit anderen Initiativen macht .ausgestrahlt auch bei einer Veranstaltung der Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN) am 28. August in Jülich auf die Gefahren der Transporte aufmerksam. Außerdem informiert .ausgestrahlt die Kommunen entlang der Transportstrecke über die Risiken.

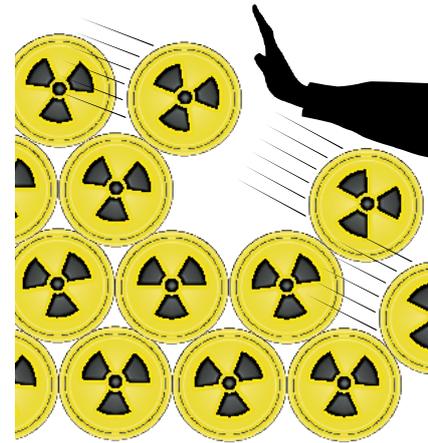


Foto: Helge Brauer

Protest-E-Mails und rote Karten

Als Reaktion auf die beiden Gutachten fordern fast 2.000 Menschen in einer .ausgestrahlt-E-Mail-Aktion Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) und NRW-Atomauferin Neubaur auf, die Räumungsverfügung für das Jülicher Lager auszusetzen und damit die drohenden Castortransporte nach Ahaus zu stoppen – so wie sie es in ihrem Koalitionsvertrag versprochen haben. Bei einer von .ausgestrahlt unterstützten Demonstration in Ahaus am 15. September zeigen mehrere Hundert Atomkraftgegner*innen der Landesregierung die rote Karte. Mehr zum Thema auf Seite 6–11,

Download der Gutachten unter ausgestrahlt.de/west-castor



Foto: Lars Hoff

Würgassen feiert den Erfolg

Jahrelang hat .ausgestrahlt zusammen mit anderen Anti-Atom-Initiativen gegen das in Würgassen geplante „Logistikzentrum“ für Schacht Konrad gekämpft – bis Umweltministerin Steffi Lemke (Grüne) im Dezember 2023 das Aus für das Projekt verkündete. Beim Abschlussfest der Bürgerinitiative Atomfreies Dreiländereck am 7. Juni würdigt Miriam Tornieporth von .ausgestrahlt die Bedeutung des Erfolgs auch für den Kampf gegen Schacht Konrad und nimmt eine Spende der Bürgerinitiative für die weitere Anti-Atom-Arbeit von .ausgestrahlt entgegen.



Foto: Miriam Tornieporth

.ausgestrahlt trifft Förder*innen

.ausgestrahlt-Förder*innen von Bayern bis Schleswig-Holstein diskutieren beim Jahrestreffen am 14. September in Hamburg mit dem .ausgestrahlt-Team über europäische Atompolitik, Gefahren der Schweizer AKW, Zwischen- und Endlagerung, den beabsichtigten Einstieg von Rosatom in die Brennelementefabrik Lingen und natürlich darüber, wie es bei .ausgestrahlt weitergeht. Du willst beim nächsten Mal auch mit dabei sein? Dann werde jetzt .ausgestrahlt-Förder*in – siehe Seite 21. ausgestrahlt.de/foerdern





„Ich unterstütze .ausgestrahl, weil das Thema Atomkraft immer noch aktuell ist.“



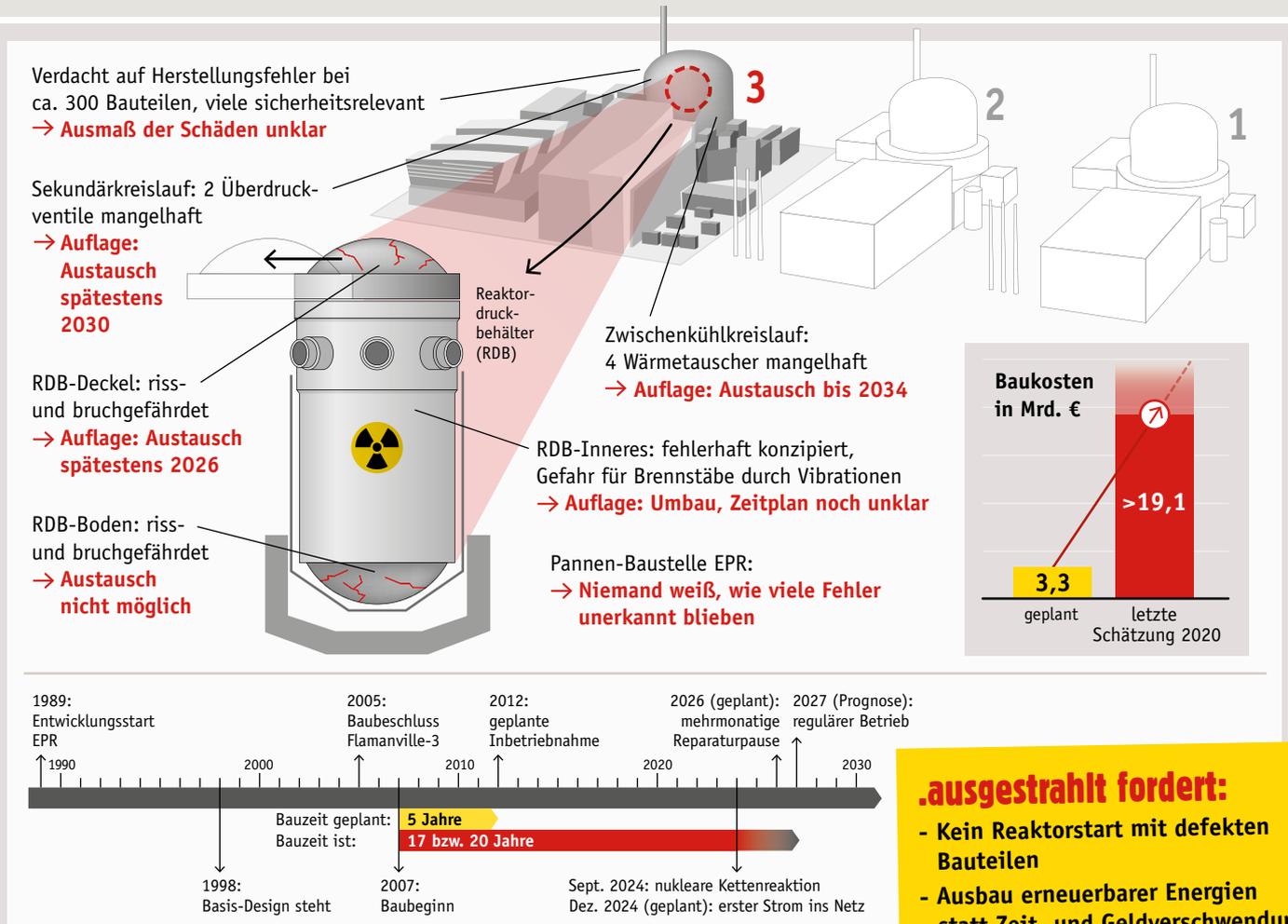
Foto: privat

Stephan Pickl, Kassel



Schrottreaktor Flamanville-3

Infografik | EDF feiert nach 17 Jahren Bauzeit die „Inbetriebnahme“ des Neubau-Reaktors EPR in Flamanville. Doch das AKW ist schon kaputt, bevor es den ersten Strom produziert, der Reparaturbedarf immens



Grafik: www.schlierenger.de

.ausgestrahl fordert:

- Kein Reaktorstart mit defekten Bauteilen
- Ausbau erneuerbarer Energien statt Zeit- und Geldverschwendung für weitere EPR-Projekte